

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

6 (22.1.1947)

# DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nummer 6

F S W

Mittwoch, 22. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

## Es lebe die Arbeitersolidarität der Welt!

Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes in Südbaden / Sonderbericht des NEUEN TAG

Eine Delegation des Weltgewerkschaftsbundes besucht in diesen Tagen Südbaden, um sich über den Stand der Gewerkschaftsbewegung zu unterrichten, einzelne Industriewerke zu besichtigen, und mit der Arbeiterschaft Fühlung zu bekommen.

Am 20. Januar nahmen die internationalen Gewerkschaftsvertreter an einer Konferenz der Vorstände der badischen Ortsausschüsse und der gewerkschaftlichen Landesvereinigungen im Freiburger Gewerkschaftshaus teil, um mit ihnen alles zu besprechen, was die deutschen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung hemmen könnte, und in offener Aussprache die deutschen Wirtschaftsprobleme zu erörtern. Vor dem Eintreffen der Delegation behandelten die deutschen Konferenzteilnehmer aktuelle Fragen der Wirtschaftsordnung und der Gewerkschaftsorganisation. Dabei teilte Kollege Schneider (Baden-Baden) mit, daß erneut 4000 Werkzeugmaschinen im Wert von 10 Millionen Mark demontiert werden sollen (siehe den heutigen Leitartikel).

Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, bestehend aus Jouhaux (Frankreich), Rostowski (UdSSR), Carthey (England), Herban (Tschechoslowakei) sowie dem Koll. Preuß (Frankreich) als Verbindungsmann des WGB zu den deutschen Gewerkschaften, wurden von dem Arbeitsoffizier der Militärregierung, Colonel Grosset, begrüßt, der ihnen mitteilte, daß die Militärregierung bis jetzt 158 örtliche Gewerkschaften, 15 Ortskartelle und sechs von den 13 vorgesehenen Landesvereinigungen genehmigt habe.

Kollege Kappes (Freiburg) wies darauf hin, daß den Gewerkschaften von den Nationalsozialisten ihr ganzes Vermögen geraubt wurde und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Gewerkschaften baldmöglichst für ihre großen Verluste entschädigt werden, wolle dies eine wichtige Voraussetzung des gewerkschaftlichen Aufbaues ist. Weiterhin bat er die Delegation, sich beim Alliierten Kontrollrat für eine baldige Rückkehr der Kriegsgefangenen in die deutsche Wirtschaft einzusetzen. Der deutsche Arbeiter ist bereit, die Schäden wieder gut zu machen, welche das Hitlerregime in den überfallenen Ländern angerichtet hat. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß gerade Frankreich zum Aufbau seiner Wirtschaft dringend Arbeitskräfte benötigt. Wir sind aber der Meinung, daß eine freiwillige Arbeit weitaus höhere Leistungen hervorbringt, als eine erzwungene. Wenn die Siegermächte unsere Kriegsgefangenen entlassen, sollten sie uns zuerst jene zurückgeben, welche stets ausgesprochene Antifaschisten waren. Diese sind uns unentbehrlich, weil sie die antifaschistische Front in Deutschland und damit den Willen zu Frieden und Wiedergutmachung stärken.

Ueber die Ernährungsfrage der werktätigen Bevölkerung Badens sprach Kollege Spindler (Freiburg), der feststellte, daß gegenwärtig ein unerträglicher Tiefstand erreicht worden sei. Er ging dann auf die Frage der Prioritätsbetriebe ein und stellte fest, daß, wenn in diesen Betrieben zusätzliche Rationen verteilt werden sollten, es nicht länger möglich sei, die dafür benötigten Lebensmittel der Versorgung der Zivilbevölkerung zu entnehmen. Es sei vielmehr notwendig, die Lebensmittel durch Einfuhr beizubringen. Die Hungerkrankheiten haben derartige Ausmaße angenommen, daß alle Krankenhäuser überfüllt sind.

Gegenüber der gegenwärtigen Politik des Lohnstopps bei praktisch steigenden Preisen müssen letztere mindestens auf den Stand von 1937-38 zurückgeführt werden und die Steuerlasten zumindest für alle Einkommen unter 500 Mark wesentlich herabgesetzt werden. Gleichzeitig bat Kollege Spindler die Delegation des WGB, beim Alliierten Kontrollrat gegen das geplante neue Sozialversicherungsgesetz vorstellig zu werden, das für den deutschen Arbeiter unannehmbare Verschlechterungen seiner sozialen Lage enthalte. Zur Durchführung der notwendigen Maßnahmen seien die Herstellung der deutschen Wirtschafts-

einheit und die Zuweisung von Rohmaterialien für die deutsche Wirtschaft notwendig. Wir wollen als Stütze des Weltaufbaus mitarbeiten, aber wir können auf der anderen Seite nicht dulden, daß wir behandelt werden, wie das in früheren Zeiten bei Kulis der Fall gewesen ist. Kollege Spindler schloß mit einem Appell an die internationale Arbeiterschaft, nicht die Wiederholung der Fehler von 1918 zu dulden, das heißt, nicht zuzusehen, wie Deutschland vom Weltkapitalismus bis zum Weißbluten ausgebeutet werde.

Kollege Reibel (Freiburg) sprach davon, daß das vorliegende Betriebsrätegesetz nicht den hohen Erwartungen entspreche, welche die Arbeiterschaft in dieses setzte. Die Arbeiter haben nach dem Zusammenbruch sofort tatkräftig zugegriffen, und das Schlimmste durch ihre aufopfernde Arbeit von der Wirtschaft abgehalten. Sie erwarten daher, daß man ihnen weitestgehende Möglichkeiten zur entscheidenden Mitarbeit geben wird. Im einzelnen ist zu fordern, daß in den öffentlichen Verwaltungen Betriebsräte gebildet werden, weil gerade in den Behörden heute noch eine Großzahl von Nazis sitzt. Ueberall sollten die Betriebsräte ausschließlich aus gewerkschaftlich organisierten Werktätigen bestehen denn es ist von hoher Wichtigkeit, daß der Betriebsrat der verlängerte Arm der Gewerkschaften ist.

Die Entscheidung über die deutsche Wirtschaft müsse so sein, daß eine große Arbeitslosigkeit vermieden wird; denn mit Arbeitslosen kann man keine Gewerkschaftsbewegung schaffen. Die Gewerkschaften aber sind die Garanten der Demokratie, die Träger des friedlichen Wirtschaftsaufbaus und das Schwergewicht gegen nationalistische und militaristische Umtriebe.

Kollege Schneider (Baden-Baden) ging in der weiteren Diskussion auf die Gründe ein, weshalb sich der gewerkschaftliche Aufbau in Baden so verzögert habe. Er stellte fest, daß die badischen Gewerkschaften noch nicht in der Lage seien, die ihnen vom Vertrauen der Welt über-

tragenen Aufgaben zu erfüllen. Dem vom internationalen Kapitalismus unterstützten Versuch einer Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsform in Deutschland stellten die Gewerkschaften die Forderung der Schaffung einer Gemeinwirtschaft in Deutschland gegenüber. Wir können in Deutschland nicht erneut kapitalistisch aufbauen, wir müssen alles tun, um ein sozialistisches Deutschland erstehen zu lassen. Der Kapitalismus ist der Ursprung aller Kriege. Wenn wir ihn in Deutschland nicht vernichten, dann stehen wir in wenigen Jahren erneut vor dem gleichen Chaos. Kollege Schneider schloß mit der dringenden Bitte, der WGB möge mitteilen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche dem Gewerkschaftsaufbau bereitet werden, denn bis die Gewerkschaften unter den gegenwärtigen Umständen zum Zuge kommen könnten, würde die neue Organisation des deutschen Kapitalismus bereits fertig dastehen.

Kollege Henseler (Konstanz) richtete an die internationale Delegation die Bitte, bei der Besichtigung von Industriewerken auch hinter die Kulissen zu sehen und sich nicht mit dem zu begnügen, was man ihnen zu zeigen wünsche. Von besonderer Wichtigkeit sind diejenigen Auskünfte, welche der an der Maschine tätige Arbeiter gibt.

Kollege Hunzinger (Lörrach) faßte die Forderungen der Gewerkschaften in drei Punkten zusammen: Politische Säuberung, Einschaltung in die Produktionslenkung und entscheidende Mitbestimmung in den wirtschaftlichen Organisationen. Hierzu gehört in erster Linie die paritätische Beteiligung an den Industrie- und Handelskammern, die in keiner Weise dadurch gewährleistet wird, daß die Kammern nur zu einem Viertel aus Gewerkschaftern bestehen sollen. Zur politischen Säuberung stellte er die Frage, was nun eigentlich aus den nazistischen Unternehmern und Betriebsführern werden soll, die trotz starker Belastung noch in ihren Positionen sitzen und den (Fortsetzung auf Seite 2)

Wolfgang Gutmann:

## 4000 Werkzeugmaschinen

In Südbaden sollen 4000 Werkzeugmaschinen im Werte von 10 Millionen Mark demontiert werden.

Wir haben ein überschweres Erbe übernommen. Unsere Heimat ist durch die Zerstörungen des von Hitler entfachten Krieges verwüstet, wie kaum je ein Land verwüstet wurde. Es mag die Arbeit eines Menschenalters sein, wieder aufzubauen, was hier vernichtet wurde. Und vieles, was in den Bombenteppichen zugrunde ging, wird nie mehr aufgebaut werden können. Dabei haben wir durch die Untaten, die, wenn nicht mit unserem Willen, so doch in unserem Namen verübt wurden, die unbedingte Pflicht zur Wiedergutmachung des angerichteten Elends in den von der faschistischen Kriegsmaschine überannten Ländern aufgebürdet erhalten. Diese Pflicht verneinen hieße, die Wiedererringung eines geachteten Platzes unter den Völkern der Welt und damit die Sicherung eines für Deutsch-

## Wiederaufbau:

Am Samstag, 25. Januar, 19.30 Uhr, spricht Gen. Eckert im Südwestdeutschen Rundfunk über das Thema: „Wiederaufbau.“

land zumindest erträglichen Friedens nicht wollen. Wir aber wollen den Frieden! Wir brauchen ihn, um uns von den Wunden des Krieges zu erholen und darüber hinaus unser Leben in neuen Formen demokratisch so zu gestalten, um jedem arbeitenden Menschen — und das ist die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung — die Rechte zu sichern, auf die er Anspruch hat und die ihm in der Vergangenheit stets verwehrt wurden: ein Leben der bestmöglichen Entfaltung der in ihm schlummernden Kräfte und der weitgehenden Befriedigung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse. Das aber ist stets nur im Frieden, nie jedoch im zerstörerischen Kriege möglich.

Um so unsere grundlegendsten Forderungen befriedigen zu können, müssen wir also Wiedergutmachung für die von den Nazis angerichteten Zerstörungen leisten. Hier jedoch erhebt sich die schwere, auf den ersten Blick unlösbar scheinende Frage, wie diese Wiedergutmachungsleistungen aufgebracht werden können. Vierorts wird diese Frage diskutiert, nicht zuletzt auch im Kreise der Siegermächte. Sie erhebt sich in aller Schärfe bei der Meldung von der bevorstehenden Demontage von 4000 Werkzeugmaschinen im Werte von 10 Millionen Mark im südbadischen Lande. Die Demontagen waren allerdings in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch für die selbst schwer getroffenen Siegerstaaten eine Notwendigkeit; anders steht es mit Demontagen wie der jetzt geplanten. Diese 4000 Werkzeugmaschinen werden zweifellos in den Ländern, die sie erhalten, nützliche Arbeit leisten und so unser Reparationskonto entlasten. Aber gleichzeitig ist uns damit nach den bereits vorausgegangenen Wegnahmen jede Möglichkeit weiterer produktiver Arbeit — sei es nun für die Wiedergutmachung oder für den eigenen Wiederaufbau — genommen. Diese 4000 Werkzeugmaschinen bilden das unentbehrliche Rückgrat der uns verbliebenen Industrie. Werden sie uns ge-

## Fragen und Antworten

Auf der Konferenz mit den internationalen Gewerkschaftsdelegierten

Freiburg. Der sowjetische Vertreter in der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes, die zur Zeit die französische Zone bereist, Rostowski, stellte den badischen Gewerkschaften auf der Konferenz in Freiburg folgende Fragen:

1. Warum ist der Aufbau der Gewerkschaften noch nicht vollendet, obwohl bereits ein Jahr seit dem Ende des Krieges vergangen sind?
2. Welches ist die Teilnahme der Gewerkschaften in der Säuberung, wie ist die organisatorische Form der Entnazifizierung und welche Vorschläge können die badischen Gewerkschaften zur Verbesserung der Säuberung machen?
3. Können Sie irgendwelche Tatsachen über Nationalisierungen von Betrieben, die Kriegsverbrechern, Kriegsgewinnlern, Nazis oder Militaristen gehörten, anführen?
4. Was haben die Gewerkschaften in der Frage der Ernährung getan? Haben sie zum Beispiel Brachlandaktionen und die Errichtung von Kinderheimen durchgeführt wie dies in anderen Zonen Deutschlands der Fall ist?

Für die Gewerkschaften beantwortete Kollege Schneider (Baden-Baden) diese Fragen. Er führte aus:

1. Der gewerkschaftliche Aufbau ist deshalb im Rückstand, weil die ursprünglichen Vorschläge der Gewerkschafter vom Juni 1946 nicht genehmigt wurden und deshalb erst im November an die Konstituierung der Landesvereinigung gegangen werden konnte.
2. Die Gewerkschaften sind an den Ermittlungsausschüssen für die Wirtschaft beteiligt, teilweise sogar vier Gewerkschaftsvertreter und ein Arbeitgebervertreter wie in der Stadt Baden-Baden. Doch

liegen die Entscheidungen beim Ministerium in Freiburg. Der Gesetzesentwurf des damaligen Staatsrates Eckert vom Juli, der die Einrichtung von Spruchkammern in den Kreisen vorsah, ist im Oktober abgelehnt worden. Jetzt verlangt man die sofortige Beendigung der Arbeit der Ermittlungsausschüsse, so daß beispielsweise der Baden-Badener Ausschuss in vier Wochen 1000 Fälle hätte erledigen müssen, was praktisch unmöglich sei. Doch werden die Säuberungsentscheidungen noch nicht durchgeführt, da durch ein Gesetz erst noch eine Berufungsinstanz geschaffen werden soll. Das Ergebnis ist: Nazis sitzen nach wie vor ungefangen in ihren Positionen.

3. Es gibt bei uns keine Nationalisierungen. In einzelnen Fällen sind bei besonders belasteten Naziunternehmen zunächst auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammer, später auch auf Vorschlag der Gewerkschaften Treuhänder eingesetzt worden, doch sind diese keineswegs in allen Fällen Antifaschisten. Die Betriebe werden weiterhin privatwirtschaftlich geführt.

4. Die Gewerkschaften haben sich vor allem für die Zuteilung von Schwerarbeiterkarten eingesetzt. Doch stößt die Durchführung dieser Maßnahmen immer wieder auf bürokratisches Unverständnis, so daß viele Arbeiter nicht in die Kategorien eingestuft werden, die der Schwere ihrer Arbeit entsprechen. Kollege Faulhaber (Freiburg) erörterte, daß die hauptsächliche Verantwortung für die Ernährungsnotlage bei den deutschen Behörden liegt, weil sie die Erfassung der Lebensmittel weitgehend in den Händen alter Kreis- und Ortsbauernführer belassen hätten. Bei gutem Willen und der Ausschaltung dieser Elemente könne noch viel verbessert werden.

## Jouhaux's Eindrücke in Deutschland

Freiburg. Nach der Konferenz der badischen Gewerkschaften mit der Delegation des WGB hatte der NEUE TAG kurz Gelegenheit, einige Worte mit Léon Jouhaux, dem Vorsitzenden der französischen Gewerkschaften zu wechseln und ihn über seine Eindrücke auf seinen Deutschlandreisen seit der Kapitulation zu befragen. Jouhaux erwiderte unserem Vertreter im wesentlichen Folgendes:

Die Delegationen des Weltgewerkschaftsbundes haben Deutschland bereist, um die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften in die Wege zu leiten und zu fördern. Diese Entwicklung ist jetzt in voller Entfaltung. Es handelt sich jetzt darum, für sie die Garantien und notwendigen Sicherungen zu erhalten damit die deutschen Gewerkschaften instand gesetzt werden, ihren Aufgaben in der Säuberung und im demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft voll zu erfüllen — mit der Unterstützung und zur Stärkung der Solidarität und Aktionseinheit der Arbeiter aller Länder.

## Sozialist bildet Vierparteienregierung

Französisches Kabinett Ramadier mit Mehrheit der kleineren Parteien

Paris. Präsident Vincent Auriol hat den Sozialisten Ramadier mit der Bildung der Regierung beauftragt. Ramadier hat sich einverstanden erklärt, sich der Nationalversammlung zur Bestätigung als Ministerpräsident vorzustellen.

In einem vom Generalsekretär der Präsidentschaft der Republik der Presse übergebenen Kommuniqué wird bestätigt, daß der Präsident der Republik von Paul Ramadier auf dem Laufenden gehalten wurde über die Ergebnisse der von letzterem geführten Besprechungen, und daraufhin beschlossen hat, Ramadier zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Der Präsident der Republik hat den Präsidenten der Nationalversammlung unverzüglich über diese Entscheidung in Kenntnis gesetzt, und ihn gebeten, die Nationalversammlung diesbezüglich zu informieren.

Die Regierungsliste ist noch nicht offiziell veröffentlicht worden. Es ist jedoch bereits bekannt, daß Ramadier am Samstagabend eine Koalitionsregierung gebildet hat. Dieser Regierung gehören in erster Linie Sozialisten und Radikale an. Sie unterscheidet sich also wesentlich von den vorhergehenden Regierungen. Im einzelnen sind die Parteien wie folgt beteiligt: 7 Sozialisten, 5 Zusammenschluß der Linksparteien (Radikale und Demokratische Union der Widerstandsbewegung), 4 Kommunisten, 4 MRP. Die Kommunisten sollen das Landesverteidigungsministerium, der Christlich-Soziale Bidault das Außenministerium übernehmen. Maurice Thorez soll Staatsminister ohne Portfeuille werden.

## Ein Mann auf Amtswegen



VL  
Noch ist der Schimmel nicht so weit —  
Verstrichen ist die Lebenszeit...

nommen, so wird das bereits jetzt weitgehend lahmgelegte wirtschaftliche Leben vollends gestoppt.

Es ist aber nicht damit getan, daß wir dies feststellen; denn wie gesagt: Wiedergutmachung muß sein und wenn wir keinen besseren Weg wissen, dann müssen wir eben auf diese Maschinen verzichten, obwohl die dann unvermeidliche Massenarbeitslosigkeit auch im Politischen den Aufbau der Demokratie weiter erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen würde. Hier bietet sich uns jedoch ein Beispiel: Vor wenigen Wochen standen die Arbeiter der Zeiß-Werke in Jena vor demselben Problem. Ihre Fabrik sollte auf Reparationskonto abmontiert und nach der Sowjetunion verpflanzt werden. Vor die Frage gestellt, wie sie unter diesen Umständen noch weiter existieren sollten, machten sie durch ihren Betriebsrat der Militärregierung den Vorschlag, die Zeiß-Werke in Jena zu belassen, wofür sie sich verpflichteten, mit den vorhandenen Maschinen die komplette Einrichtung für ein gleichartiges Werk in der Sowjetunion herzustellen.

Denselben Vorschlag haben in Freiburg die Vertreter der badischen Gewerkschaften der Delegation des Weltgewerkschaftsbundes gemacht. Sie sagten: Laßt uns die alten Maschinen, gebt uns die notwendigen Rohstoffe und wir bauen Euch neue, bessere Werkzeugmaschinen! So ist in der Tat beiden Teilen geholfen. Die Wiedergutmachungsleistungen erleiden auch nach Ablieferung der Maschinen keine Unterbrechung und die alten Maschinen können darüber hinaus — wenn auch zunächst nur in bescheidenem Umfang — für den eigenen deutschen Wiederaufbau arbeiten. Die Arbeiter haben Verdienst und es bleibt uns die Hoffnung, aus dem gegenwärtigen Chaos den Weg in eine bessere Zukunft beschreiten zu können.

Es ist nicht an uns, über diese begrüßenswerte Initiative der badischen Gewerkschaften zu entscheiden. Die Entscheidung liegt bei den alliierten Behörden. Wir hoffen jedoch, daß sie eine Wiedergutmachung ohne Demontagen und damit neben der Wiedergutmachung auch den ebenso wichtigen Wiederaufbau Deutschlands und die Gestaltung einer deutschen Demokratie ermöglichen werden.

## Beratung der Gemeindeordnung

Sondersitzung der Landesversammlung

Freiburg. In einer Sondersitzung der Beratenden Landesversammlung erstattete Dr. Knapp (CSV) Bericht über den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung, dem die alte badische Gemeindeordnung und die deutsche Gemeindeordnung von 1935 zugrunde liegen.

Der Vertreter der Demokratischen Partei sprach für eine unbedingte Einhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden in weitestem Maße unter Einschränkung der Staatsaufsicht. Weiterhin setzte er sich für eine Einführung der Landeskommissariatsbezirke und eine verlängerte Amtsdauer der Bürgermeister ein, damit dadurch die Verwaltungsarbeit nicht empfindsam gestört würde. Die Wünsche der SPD bewegten sich auf derselben Grundlage.

Zu dem vorgeschlagenen Entwurf sagte Abg. Büche (KP), daß die Gemeindeordnung den Aufbau einer Demokratie unter weitgehendster und konsequentester Anwendung des Selbstverwaltungsprinzips zum Inhalt haben müsse. Man dürfe heute nicht einfach von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß die frühere Gemeindeordnung gut gewesen sei, denn die Summe der öffentlichen Handlungen von 1918 bis 1933 ergäbe sich aus dem damaligen Gesetz und hätte uns den Nazismus gebracht. Gen. Büche verurteilte das frühere Zweikammersystem, durch welches oft ein Gegeneinanderarbeiten statt ein Zusammenarbeiten die unausbleibliche Folge gewesen wäre. Es sei gut, daß der neue Entwurf das Einkammersystem vorsehe. Wichtig ist, daß die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, das Wirken ihrer Vertreter zu beobachten, und diese dürften sich nicht zu den entscheidenden Beratungen „zurückziehen“. Konsequente Selbstverwaltung dürfe keine sog. Aufsichtsbehörde anerkennen. Die Gemeinde am Gängelband übergeordneter Stellen bedeute eine Verkümmern der Selbstverwaltung. Die übergeordneten Organe müßten eine, aus dem Volke gewählte Körperschaft sein. Gemeindevertreter, die das Vertrauen ihrer Wähler verlieren, müßten während der Zeit ihrer Tätigkeit von ihrem Posten abberufen werden können. Wir fordern weiter, daß sich der Gemeinderat durch Beschluß selbst auflösen könne oder durch Gemeindeentscheid. aufgelöst werde. Der Bürgermeister als Vollzugsorgan der Gemeindevertretung, habe deren Willen zu verwirklichen. Er dürfe kein wesentliches Gewicht gegenüber der Gemeindevertretung besitzen, sonst läufe die ganze Entwicklung dahin hinaus, daß der Vollzug des Willens in einer Hand vereint werde. Die Gemeindevertretung müsse kollektiv neben dem Bürgermeister eine gleichberechtigte Körperschaft sein.

### Kreisausschuß gegen Säuberungspraxis

Konstanz. Der Kreisversammlungsausschuß nahm in seiner Sitzung vom 14. Januar auf Antrag des kommunistischen Vertreters folgende Entschließung an:

Der Kreisausschuß steht in der gegenwärtigen Säuberungspraxis, die ein Anhören der Betroffenen nicht möglich macht, eine Berufung mit aufsehender Wirkung nicht zuläßt und dadurch zu bisweilen völlig willkürlichen Urteilen führen muß, die teils unverständlich hart, teils unverständlich milde sind, eine schwere Gefahr. Es kann nicht ausbleiben, daß das Vertrauen der Bevölkerung in das gesamte Entnazifizierungsverfahren aufs tiefste erschüttert wird. Die Konstanzer Ermittlungsausschüsse haben im Verlauf ihrer Tätigkeit eine große Anzahl von politischen Fällen geprüft und den zuständigen Säuberungskommissionen in Freiburg angemessene Sühnevorschläge nach bestem Vermögen vorgelegt. Wie die Urteilsverkündigungen im Amtsblatt erkennen lassen, haben die zentralen Instanzen in vielen Fällen die Beurteilung der Ermittlungsausschüsse nicht berücksichtigt. Um den unbedingt notwen-

## Die Weltgewerkschafter in Freiburg

(Fortsetzung von Seite 1)

berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Widerstand leisten? Die politische Säuberung wird immer wieder gefährdet sein, solange die Unternehmer und die Behörden bei der Durchführung der Entnazifizierung die bewußt antifaschistischen Kräfte ausschalten versuchen, um an ihrer Stelle die Lauen zu bevorzugen. Eine wahre Bereinerung der nazistischen Gefahr kann aber nur erfolgen, wenn die vom Alliierten Kontrollrat in Potsdam beschlossene einheitliche Behandlung der deutschen Wirtschaft und damit der gleichmäßigen Entnazifizierung in allen Zonen gesetzlich gesichert ist.

Kollege Zimmer (Freiburg) meldete am Fall der „Rhodiaseta“ in Freiburg ein praktisches Beispiel vereilter Entnazifizierung auf. Die politisch belastete Betriebsführung hat es soweit gebracht, daß die Wahl der Betriebsräte jetzt unter Sonderbestimmung durchgeführt werden muß.

Hierauf ergriff das Mitglied der internationalen Delegation Rostowski das Wort, um einige Fragen zu stellen, die von den Kollegen Schneider und Faulhaber beantwortet wurden. Wir bringen diese Ausführungen an anderer Stelle des Blattes. Jouxhau, der Leiter der Weltgewerkschaftsdelegation, stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Erlaubnis zur Bildung der neuen deutschen Gewerkschaften vom WBG durchgesetzt worden sei und daß die Weltgewerkschaften verlangen, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Platz in allen Organen der deutschen Wirtschaft erhalten. Bereits vor einem Jahr habe der WBG die Ausarbeitung eines Betriebsrätegesetzes verlangt. Die Delegation werde die gegen die gegenwärtige Fassung des Gesetzes vorgebrachten Beschwerden und Anregungen dem Kontrollrat zur Prüfung übergeben, damit das Gesetz verbessert werden könne. Der WBG hat dem Kontrollrat erklärt, daß in den Augen der Arbeiter der Welt die Entnazifizierung das Grundproblem Deutschlands ist. Dabei steht der WBG auf dem Standpunkt, daß nicht nur die Pgs, sondern alle Kapitalisten von dieser Säuberung erfaßt werden müßten und daß sie nie mehr Einfluß auf die deutsche Wirtschaft erhalten dürften. Doch sei es klar, daß das in-

ternationale Finanzkapital hinter seinen deutschen Kollegen stehe und alles tue, um hinter den Kulissen deren Wiedereinsetzung in ihre alten Rechte zu erlangen. Der Kampf, der hier geführt werden muß, so sagte Jouxhau, ist lange und bedarf der Solidarität der Weltgewerkschaften und der deutschen Gewerkschaften.

Was die Ernährungsfrage anbelangt, stellte Jouxhau fest, daß auch die deutschen Behörden ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände trügen. Auf den Wunsch, daß sich der WBG für eine baldige Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzen solle, antwortete Jouxhau, daß die Kriegsgefangenenfrage erst mit dem Friedensvertrag gelöst werden könne. Er machte auch darauf aufmerksam, daß nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus stehe und daß die durch Hitler zerstörten Länder Ansprüche erheben, die verständlich und berechtigt seien.

Schließlich teilte Jouxhau mit, daß der WBG

## Badischer Gewerkschaftsbund gegründet

Das Freiburger Ortskartell und die Landesvereinigung leisteten die Vorarbeit

Freiburg. Als Abschluß des Aufbaues der Gewerkschaften in der französisch besetzten Zone Badens haben die Vorsitzenden der bis jetzt genehmigten Landesvereinigungen die Gründung des Badischen Gewerkschaftsbundes beschlossen. Nun soll an den möglichst einheitlichen Ausbau der Gewerkschaften und ihrer Landesvereinigungen gegangen werden, um durch den „Badischen Gewerkschaftsbund“ die Forderungen der Arbeitnehmerschaft gegenüber Landesverwaltung, Behörden und Industrie zu Gehör und zur Geltung zu bringen.

Da dies nicht geschehen kann ohne den gemeinsamen Willensausdruck aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, wurde in einer Sitzung der Vorsitzenden der genehmigten Landesvereinigungen am 3. Januar 1947 ein provisorischer Vorstand gebildet, der mit tunlichster Beschleunigung die Vorarbeiten zur Einberufung der Gründungsversammlung zu leisten und einen Satzungsentwurf auszuarbeiten hat. Die Gründungsversammlung aus den Gesamtvorständen der genehmigten Landesvereinigungen soll dann den endgültigen Vorstand wählen, die Satzungen beraten und dem Bundesvorstand die Richtlinien für seine Arbeit geben.

Unabhängig hiervon sollen jetzt schon verschiedene dringende Fragen bearbeitet werden, die im

gegenwärtig die Frage der Herstellung einer deutschen Reichsgewerkschaft prüfe. Diese solle von den verschiedenen Delegationen, die gegenwärtig Deutschland bereisen, auf einer Konferenz in Berlin besprochen und auf dem Junkongress des WGB in Prag geklärt werden. Bis dahin sollte ein Verbindungsorgan, möglichst in Berlin, errichtet werden, dem Vertreter der verschiedenen Zonenverbände angehören sollten. Hierüber, wie über alle sich aus der Reise ergebenden Eindrücke und Fragen werden die verschiedenen Delegationen in Berlin beraten und dem Kontrollrat und den zuständigen alliierten Behörden entsprechende Vorschläge machen.

Zusammenfassend sagte Jouxhau über die Aufgaben, die sich der WGB in Deutschland gestellt habe folgendes: Während der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland Sache der deutschen Gewerkschafter sei, wolle der WGB überall dort eingreifen, wo die deutschen Kollegen Unterstützung bei den verschiedenen Besatzungsbehörden brauchten. Mit den Worten:

„Es lebe die Arbeitersolidarität der Welt!“ schloß Kollege Jouxhau die zweieinhalbstündige, außerordentlich anregende und fruchtbare Konferenz.

Interesse der Arbeitnehmer keinen Aufschub gestatten. Die Unterstützung der Gewerkschaften zur Bildung der noch fehlenden Landesvereinigungen ist mit einer Aufgabe, der sich der Bundesvorstand annehmen soll. Außerdem müssen die Ausführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz in einem Entwurf vorbereitet werden, um ihn der beratenden Landesversammlung als Willensäußerung der Gewerkschaften vorzulegen. Ein Entwurf wird deshalb vom vorläufigen Vorstand des Gewerkschaftsbundes bearbeitet und wird so aussehen müssen daß er einen wirklichen Wert für die Arbeitnehmerschaft besitzt. Die Parteien werden den Tätigkeiten und den Gewerkschaften dann beweisen können, ob sie das richtige Verständnis aufbringen, oder ob sie sich von eigenmächtigen und privatkapitalistischen Beweggründen leiten lassen, für die unseres Erachtens im heutigen Deutschland kein Platz mehr sein kann.

Auch der Verfassungsentwurf soll die besondere Aufmerksamkeit der Gewerkschaften finden und sie wollen ihren ganzen Einfluß geltend machen, um diesem Werk den Inhalt zu geben, den es benötigt, um in wahrhaft demokratischer Weise den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau unserer engeren Heimat vornehmen zu können.

## Die Anklage gegen Schacht

Stuttgart. In der Anklageschrift gegen Dr. Hjalmar Schacht heißt es, er habe sich in der Regierung des Reiches und daneben eines Landes in einer führenden Stellung betätigt, wie sie nur von führenden Nationalsozialisten oder Förderern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bekleidet werden konnte. Ferner wird ihm zur Last gelegt, daß er auch sonst der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche politische, wirtschaftliche, propagandistische und sonstige Unterstützung gewährt habe. Die Tätigkeit Schachts, besonders sein eindeutiges Bekenntnis zu den Nationalsozialisten und Hitler um die Mitte des Jahres 1932, habe im Ausland entscheidend dazu beigetragen, daß die gegen Hitler allgemein bestehenden Bedenken zurückgestellt worden seien. Sein Wirken von 1932 an sei im Reich selbst von ausschlaggebender Bedeutung dafür gewesen, daß Hitler überhaupt an die Macht gekommen ist.

Eingehend behandelt die Klageschrift Schachts Wirken in der Zeit von Mitte 1934 bis Ende 1936 und bezeichnet ihn als einen Beherrscher der nationalsozialistischen Wirtschaft. Bei Beginn des nationalsozialistischen Regimes hätten sich in der deutschen Wirtschaft zirka 19 Milliar-

den Mark befunden, größtenteils vom Ausland geliehenes Geld, das Schacht, ohne sich um die Erfüllung der Schuldverpflichtungen zu bemühen, in Rüstungswesen investierte. Zur Förderung der Rüstung seien Schacht alle Mittel recht gewesen, auch solche, die er selbst früher als besonders verwerflich erklärt habe. Der Verleihung des „goldenen Parteiabzeichens“ an Schacht am 30. Januar 1937 stellt die Anklageschrift das Verhalten des früheren Verkehrsministers Eltz-Rübenach gegenüber, der ebenso wie Schacht diese Abzeichen erhalten sollte, jedoch die Annahme mit der Begründung abgelehnt habe, daß er sich nicht zu einer Partei bekennen könne, die das Christentum bekämpfe. Schacht, so heißt es weiter, habe an der Vorbereitung des Einmarsches in Oesterreich aktiv teilgenommen. Auf seinen Rat sei vor Beginn des Einmarsches festgelegt worden, daß die deutschen Truppen die Reichsmark in Oesterreich als Zahlungsmittel zum Zwangskurs eine Mark gleich zwei Schilling benutzen sollten.

Schacht habe ferner die österreichischen Gold- und Devisenbestände übernommen und in einer Rede vom 21. März 1938 in Wien den nationalsozialistischen Gewaltakt an Oesterreich verherrlicht. Er habe sich bei dieser Gelegenheit erneut und mit Nachdruck zum Nationalsozialismus bekannt, indem er ausführte, daß die bisherige österreichische Nationalbank mit der Übernahme in die Reichsbank nationalsozialistisch werde und von Personen gesäubert werden müsse, die nicht mit ganzem Herzen für Hitler seien. Bei der Eingliederung des „Sudetengaus“ habe Schacht ebenfalls dadurch mitgewirkt, daß er die Übernahme der Zweigstellen der tschechoslowakischen Nationalbank mit den Beständen durchführte. Schachts Ausscheiden aus der nationalsozialistischen Regierung im Jahre 1942 sei in einer Zeit erfolgt, zu der es jedem vernünftigen Menschen klar geworden sei, daß der Krieg hoffnungslos verloren war. Die Aeußerung Schachts, er könne nach seinem Freispruch in Nürnberg überhaupt nicht mehr von einer deutschen Behörde wegen seines Verhältnisses zum Nationalsozialismus zur Rechenschaft gezogen werden, wird von der Anklage mit dem Hinweis entkräftet, daß das Nürnberger internationale Gerichtsverfahren andere Anklagepunkte gehabt habe.

### Interzonenhandelsabkommen ohne französische Zone

Minden. Gegenseitige Warenlieferungen zwischen der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone im Wert von 100 Millionen Mark für das zweite, dritte und vierte Vierteljahr 1947 wurden bei den Interzonen-Wirtschaftsverhandlungen vereinbart, zu denen sich deutsche Vertreter aus den drei Besatzungszonen zusammengefunden hatten. Aus der französischen Zone waren keine Vertreter erschienen.

### DER NEUE TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittel  
Redaktion: (78) Offenburg, Karlsruhe. Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Süd-West-Verlag G.m.b.H. (78) Offenburg. Hauptstr. 115. Postfach 361, Fernruf 2267. — Erscheint Mittwoch und Samstag — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einsch. Traglohn, bei Postberzug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Raiff & Cie., Offenburg

## Rücktritt Nennis

Regierungskrise in Italien

Rom. Nach Abschluß einer Unterredung mit Ministerpräsident de Gasperi hat Außenminister Nenni sein Amt niedergelegt.

Die seit der Spaltung der italienischen Sozialistischen Partei herrschende Regierungskrise ist nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten und auf Grund der Demission Nennis in eine neue Phase getreten. Der Rücktritt Nennis ist nichts anderes als die logische Folge des innerhalb der großen Arbeiterpartei aufgetretenen Bruchs, eines Bruchs, der in erster Linie die Wirkung hatte, daß die sozialistische Partei vom zweiten auf den dritten Platz hinter den christlichen Demokraten und den Kommunisten gerückt ist. Die Partei Nennis verfügt in der Kammer nur noch über 75 Sitze, gegenüber 225 Sitzen der christlichen Demokraten und 104 Sitzen der Kommunisten bei einer Gesamtzahl von 555 Sitzen.

## Deutschland-Rundschau

DER DEUTSCHE STAATSTAG in der britischen Zone wählte Oberbürgermeister Dr. Pünder, Köln, als Oberbürgermeister Böhme, Braunschweig, zu seinen Vorzitzenden.

DER LUFTPOSTVERKEHR MIT DER SCHWEIZ wurde mit Wirkung vom 15. Januar vom Alliierten Kontrollrat genehmigt.

DIE NEUEN BRIEFMARKEN für ganz Deutschland werden gegenwärtig in Berlin gedruckt.

DIE VORZENSUR IN DER SOWJETZONE ist für weitere 28 wirtschaftliche und periodische Zeitschriften aufgehoben worden.

DIE DEMONTAGE DER JUNKERSWERKE wird auf Anordnung der sowjetischen Militärregierung nicht fortgesetzt werden. Den Dessauer Werken bleiben die zur Herstellung von Generatoren für Holzgaskraftwagen und anderen benutzungsrelevanten Transportmitteln nötigen Maschinen.

DIE INDUSTRIEKAPAZITÄT DER WESTZONEN soll nach einer Mitteilung eines britischen Delegierten auf einer Pressekonferenz neu festgestellt werden. Sie soll nach dem geltenden Verhältnissstabkommen erfolgen.

DAS VERWALTUNGSAUFBAU WIRTSCHAFT für die britisch-amerikanischen Zonen in Minden hat als neuen Vorsitzenden den wegen Dr. Schöningers Politik als dessen Stellvertreter zurückgetretenen Dr. Viktor Agartz (SPD) erhalten, nachdem der übergeordnete Ministerat festgestellt hatte, daß die Einstellung und Tätigkeit des bisherigen Leiters des Wirtschaftsaufbaus, Dr. Müller nicht die Gewähr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bot.

DIE FÖRDERUNG DER RUHRKOHLE ist nach Einführung eines Punktesystems für die Kumpels bereits am 13., 14. und 15. Januar gegenüber dem gleichen Tag der Vorwoche um über 11200 t gestiegen.

DIE ENTEIGNUNG SAEMTLICHER BERGBAUBETRIEBE ohne Entschädigung fordert ein Antrag der kommunistischen Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die Enteignung soll durch einen Ausschuss von Gewerkschaftern und Landtagsabgeordneten durchgeführt werden.

DIE FIRMA KRUPP hat gemeinsam mit der Essener Stadtverwaltung den Plan für die Errichtung eines neuen „Essener Stahlwerkes“ mit einer monatlichen Kapazität von 5000 t ausgearbeitet, das angeblich als reine Friedensproduktion ausgedacht sein soll.

KLAGE GEGEN DAS LAND HESSEN will die Stadt Frankfurt erheben, weil das Land sich die Erteilung von Zuzugsgenehmigungen vorbehält und dabei bis heute auf 4000 Zuzugsgenehmigungen, die dem Ministerium von der Stadt zugehen keinerlei Antwort erteilt hat.

DR. HOEGNERS BRIEFE und das Tagebuch seiner Sekretaria wurden dem Generaldirektor der bayrischen Bauernverbände Dr. Schloegl (CSV) bei einem Einbruch gestohlen.

HINDENBURG KANN NICHT EHRENBUEGER SEIN, beschloß der Stadtrat von Augsburg. Die Hindenburgstraße wurde in Göttingerstraße umgenannt.

DAS VERFAHREN GEGEN FRITZSCHE soll insgesamt drei Tage dauern, erklärte der Vorsitzende der Nürnberger Spruchkammer I.

DIE PLANE EINER DONAUFOEDERATION werden nun auch von der byrischen Sozialdemokratie abgelehnt, erklärte Dr. Höpfer auf einer Funktionskonferenz in Augsburg.

### Welt-Chronik

BUDAPEST. Der ungarische Minister für Aufbau und öffentliche Arbeiten, Erne Matus, wurde von den ungarischen Behörden verhaftet, weil er an der Verschwörung gegen die ungarische Demokratie teilgenommen hat, die kürzlich entdeckt wurde. Matus war Vertreter der „Partei der kleinen Landwirte“. Auch sein Privatsekretär wurde festgenommen.

WASHINGTON. Als letzte Amtshandlung unterzeichnete Staatssekretär Byrnes die von ihm ausgearbeiteten Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien für die USA.

LONDON. Die griechische Regierung fordert, daß die Griechenland auf der Reparationskonferenz zugewilligte deutsche Wiedergutmachung von 750 Millionen Pfund Sterling auf 500 Millionen Pfund erhöht wird.

ATHEN. Der stellvertretende griechische Ministerpräsident Genatas und ein weiterer Minister sind zurückgetreten. Man erwartet, daß die Regierung Tsaludis demissioniert.

ROM. Der Einheitsausschuß der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien Italiens bestätigte, daß das Einheitsabkommen trotz der durch die Gruppen um Saragat und Silone verursachten Spaltung der Sozialistischen Partei in Kraft bleibt.

BUDAPEST. Zur Erneuerung des abgelaufenen sowjetisch-ungarischen Handelsabkommens wird eine ungarische Delegation in den nächsten Tagen nach Moskau reisen.

GENEVE. Der Sitz der Liga der Rotkreuzgesellschaften wird wieder nach Paris verlegt werden.

WIEN. Zur Wiederaufnahme des Zugverkehrs in den südlichen Gebieten Oesterreichs haben die Sowjetbehörden Kohlen aus den militärischen Vorräten zur Verfügung gestellt.

ROM. Vor einem Altar der Peterskirche verübte ein junger Italiener Selbstmord durch Erschießen.

# Die Persönlichkeit in der sozialistischen Wirtschaft

In den gegenwärtigen Debatten über die Enteignung von Kriegsverbrechern und Monopolkapitalisten wird von Gegnern dieser Enteignung immer wieder das Schlagwort von der angeblichen Notwendigkeit und Nützlichkeit der „privaten Unternehmerinitiative“ als Argument gebraucht. Die Enteignungsmaßnahmen werden als „Sozialismus“ hingestellt, der die persönliche Initiative in der Wirtschaft unmöglich mache oder wenigstens in hohem Maße hemme und unterbinde. In der kapitalistischen Wirtschaft, so wird erklärt, sei der Privatunternehmer am Gedeihen seines Unternehmens persönlich interessiert, und daraus ergebe sich ein Antriebs zu hoher Entfaltung aller seiner Fähigkeiten, die der Wirtschaft und damit allen zu kommen. Im Sozialismus falle dieses persönliche Interesse des Wirtschaftleiters weg und damit auch der stärkste Ansporn zur Entfaltung einer schöpferischen Initiative.

Die unbedingte Notwendigkeit einer Entmachtung der Junker und Monopolkapitalisten, die Deutschland ins Verderben führten und mit neuen Katastrophen bedrohen, wird heute so allgemein und tief empfunden, daß manche Parteien nicht offen dagegen aufzutreten wagen und sich damit begnügen, einer solchen Entwicklung Hemmnisse in den Weg zu legen, wobei sie sich gerade auf das erwähnte Schlagwort von der Privatinitiative berufen. In einer programmatischen Propagandaschrift der Demokratischen Partei (LDP) „Vorwärts und Aufwärts“ wird zum Beispiel erklärt:

„Wir treten ein für Privateigentum und freie Wirtschaft als Voraussetzung für die initiale und vorläufige wirtschaftliche Betätigung. Aber wir anerkennen auch grundsätzlich das Recht des Staates, unter bestimmten Bedingungen Unternehmungen unter öffentlicher Kontrolle zu stellen. Dieses Recht jedoch kann nur dann in Frage kommen, wenn die betreffenden Betriebe hierfür geeignet und reif sind und wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohls dies gebietet.“

Es ist klar, daß eine solche Stellungnahme in jedem konkreten Fall genügend Vorwände liefern kann, sich Enteignungen zu widersetzen. Zu allem dem muß zunächst einmal festgestellt werden, daß Enteignungen und Verstaatlichungen solcher Art noch lange kein Sozialismus sind. Auch bürgerliche und sogar imperialistische Regierungen, denen jeder Gedanke an Sozialismus fern liegt, haben solche Verstaatlichungen vorgenommen. Aber davon abgesehen ist das Argument von der angeblichen Unentbehrlichkeit der Privatinitiative auf jeden Fall unhaltbar, mag es

sich nun bloß gegen Verstaatlichungen richten oder auch gegen einen wirklichen Sozialismus, wie er in der Sowjetunion bereits besteht.

Es wäre falsch und völlig unwissenschaftlich, zu übersehen, daß die private Wirtschaftsinitiative in der Zeit der Bildung und des Aufstiegs der kapitalistischen Wirtschaft eine bedeutende geradezu revolutionäre Rolle spielte. Das kommunistische Manifest schildert diese historischen Leistungen des Kapitalismus in lebhaften Farben.

Heute aber ist die Möglichkeit der Entfaltung einer privaten Initiative im Monopolkapitalismus im hohen Maße auf eine kleine Schicht von Beherrschern gewaltiger Wirtschaftsunternehmen beschränkt. Für die kleineren und mittleren Unternehmen ist diese Initiative nicht viel mehr als eine Illusion. Die großen Kapitalisten beherrschen die Rohstoffquellen, die Absatzmärkte. Sie diktiert das Gesetz der wirtschaftlichen Betätigung. Nur wo sie entmachtet werden, kann die Initiative der breiten Masse von Privatunternehmern wieder etwas mehr zur Geltung kommen.

Die Initiative der großen Kapitalisten bringt aber heute der Gesellschaft keinen Nutzen mehr, sondern nur noch Schaden und bedroht sie in der folgenschwersten Weise. Müste früher einmal der Unternehmer trachten, billige und gute Ware zu liefern, um sich wirtschaftlich zu behaupten, so ist das Hauptbestreben der großen Kartelle und anderer Monopole, die Preise hochzuhalten und die Produktion einzuschränken. Es ist allgemein bekannt, daß von den Monopolmagnaten zahlreiche Betriebe nur zu dem Zwecke erworben werden, um sie stillzulegen. Es gibt Weltkartelle, die nur die eine Spezialaufgabe haben, Patente moderner Erfindungen zu erwerben, um eine Verwertung dieser Erfindungen zu verhindern. Schon jetzt wird von großen Weltkonzernen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um eine Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke, welche die Menschheit gewaltig vorwärtsbringen könnte, zu vereiteln.

Die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der großen imperialistischen Wirtschaftsmächte beschränkt sich dabei durchaus nicht auf das wirtschaftliche Gebiet. Sie haben ein Interesse an reaktionärer, faschistischer Volksversklavung, um die Massen leichter ausbeuten zu können. Sie sind die eifrigsten Kriegsbrandstifter um ihre Macht und ihre Profite zu vergrößern. Heute von einer Initiative dieser kapitalistischen

Wirtschaftsführer etwas Gutes für die Gesellschaft zu erwarten, ist ein verhängnisvoller Wahn. Ihre Interessen stehen im schärfsten Gegensatz zu den allgemeinen Interessen. Je mehr Initiative sie entfalten können und entfalten, um so schlimmer für die Gesellschaft, für das ganze Volk.

Welche zersetzenden, volksschädlichen Wirkungen die Privatinitiative gerade dann herbeiführt, wenn die Not am größten ist, das erleben wir jetzt in den Ordeien des Schwarzen Marktes und des Schiebertums. Die Privatinitiative hat als letztes Ziel immer nur das eigene egoistische Interesse im Auge. Heute ist dieses Privatinteresse mit dem Allgemeininteresse nicht mehr identisch, sondern steht im Gegenteil im schärfsten Widerspruch dazu. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß all das Elend, welches über uns und die Welt gekommen ist, letzten Endes eine Auswirkung privatkapitalistischer Initiative ist.

Einen Ausweg bildet nur die Leitung der Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit und nicht einzelner. Das setzt voraus, daß die Gesellschaft im Besitz der Produktionsmittel, daß der Sozialismus verwirklicht ist. Daß im Sozialismus die persönliche Initiative unterbunden oder auch nur gehemmt würde, ist ein durchaus irriges Vorurteil welches die Erfahrung, das Leben längst widerlegt hat. Der Sozialismus gewährt im Gegenteil für eine solche wahrhaft schöpferische Initiative den breitesten Spielraum. Glaubt jemand wirklich, daß die großartigen Leistungen der Fünfjahrespläne in der Sowjetunion möglich gewesen wären ohne persönliche Initiative in allen Schichten der Wirtschaft angefangen von den obersten Wirtschaftsleitern über die Direktoren und Ingenieure einzelner Betriebe bis hinunter zu den Arbeitern und Schlossern? Während in der kapitalistischen Gesellschaft die einer Initiative nur bei den Besitzenden die Rede sein kann, erfaßt sie in der Sowjetunion das ganze werktätige Volk. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die gewaltige Ausdehnung der Stachanowbewegung. Es gibt kein Land in der Welt in dem in jedem Betriebe und Unternehmen so zahlreiche und wertvolle Initiativvorschläge zur Verbesserung des Betriebes von Arbeitern, Meistern und Ingenieuren ausgearbeitet und angenommen werden wie in der Sowjetunion. Die Helden der Arbeit in der Sowjetunion sind nichts anderes als hervorragende Beispiele persönlicher Initiative. Jedes Jahr werden Hunderte von

## Süddeutsche Meisterschaft

Die Spiele am 19. Januar

1860 München - 1. FC Nürnberg 0:1, Phönix Karlsruhe - Schwaben Augsburg 2:1, Kickers Offenbach - VfR Mannheim 3:1, FC Augsburg - Karlsruher FV 0:1, Kickers Stuttgart - FC Bamberg 2:1, FSV Frankfurt - VfB Stuttgart 0:1, SV Waldhof - Viktoria Aschaffenburg 2:2, FC 05 Schweinfurt - Ulm 4:3, Spvgg Fürth - Bayern München 0:0, VfL Neckarau - Eintracht Frankfurt 0:1.

Tabelle nach dem 17. Spieltag

1. FC Nürnberg	17	13	2	1	28:6
1860 München	16	10	3	3	23:9
VfB Stuttgart	15	10	3	3	21:9
Schwaben Augsburg	16	9	3	4	22:11
Eintracht Frankfurt	16	7	6	3	20:11
FC 05 Schweinfurt	16	8	4	4	20:12
SV Waldhof	17	7	4	6	18:16
Stuttgarter Kickers	16	6	5	5	17:15
Kickers Offenbach	15	6	4	5	16:14
Sozialv. Fürth	17	6	4	7	16:13
Ulm 46	16	6	3	6	15:17
FSV Frankfurt	16	5	4	7	14:18

Südbadische Oberliga

Staffel West:

Lahr - Fortuna Freiburg 1:0, ASV Freiburg - Blauweiß Freiburg 5:1, SF Emmendingen - VfR Riegel 5:1, SC Baden-Baden - SV Oberkirch 4:0.

Die Tabelle:

SC Baden-Baden	5	4	0	1	8:1
SV Ottenau	4	3	1	0	7:1
SV Lahr	4	3	1	0	7:1
Fortuna Freiburg	4	3	0	1	6:2
Blauweiß Freiburg	4	2	0	4	4:8
ASV Freiburg	4	1	1	3	3:4
SV Emmendingen	3	1	1	3	3:7
VfR Riegel	3	0	0	3	0:6
SV Oberkirch	3	0	0	3	0:6

Die ungünstige Witterung ließ auch am zweiten Spieltag nicht die volle Durchführung des vorgesehenen Spielprogramms der Zonenliga zu; in der Gruppe Süd gab es Spielaufläufe.

Gruppe Nord: Moitz 0:1 - FC Saarbrücken 0:0, Wormatia Worms - Phönix Ludwigshafen 1:1, Neunkirchen - TUS Neuwied 2:2, VfR Trier - 1. FC Kaiserslautern 0:1.

Gruppe Süd: SV Rastatt 0:1, VfL Friedrichshafen - SV Offenburg 4:2.

Stalin-Preisen an Persönlichkeiten verteilt, welche eine Initiative höchster Art auf den verschiedensten Gebieten entfaltet haben. In einer sozialistischen Wirtschaft gibt es auf die Auswirkung der persönlichen Initiative keine Grenzen. Dort ist es unmöglich, daß die durch solche Initiative gesteigerte Produktion zu Krisen und zur Arbeitslosigkeit führt.

Wir sind in Deutschland noch nicht so weit, daß wir an eine unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus denken und damit eine großartige Entfaltung der persönlichen Initiative ermöglichen können. Aber sicherlich wird eine solche persönliche Initiative auch hier um so leichter möglich sein und um so wohltätiger wirken, je mehr wir ihr durch die Entmachtung der Junker und Monopolkapitalisten den Weg bahnen.

### AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

In Ergänzung der in den Ausgaben der „Ortenauer Zeitung“ vom 31. Dezember 1946 und 3. Januar 1947 erschienenen Bekanntmachungen wird mitgeteilt, daß nur Unternehmerrklärungen abzugeben haben, bei denen Beschlagnahmen durch die Section „T“ (I. Armee) vor dem 1. Sept. 1945 oder nach diesem Datum durch die Missionen Reparations erfolgt sind.

<b>Suchdienst</b>	<b>Stellengesuche</b>
Welcher Heimkehrer kann Auskunft geben über meinen Sohn Gfr. Max Gugel, Stab I 1787 545 Volks-Gren.-Division, Feldpost-Nr. 27 344. Lag am 15. 1. 45 bei Jaslo (Polen). Zu letzter Feldpost-Nr. 36 101 A. Angaben sind zu richten an Max Gugel, Schmiedemeister, Mengen bei Freiburg i. Br. (20-15)	Lehrstelle in der Buch- u. Zeitschriftenbranche gesucht. Zuschriften unt. 26-108 Geschäftsstelle Konstanz, Rosgartenstr. 9.
<b>Auskunft über Vermißte oder Gefangene i. russ. Kysch. (Nachforsch. in der v. d. Sowj. Beh. vorgeschrb. Form) erh. Sie durch Vermittlungsdienst INFORMA, Konstanz 11, Postfach. (K-2)</b>	<b>Beteiligungen</b>
Welcher Kamerad kann mir Auskunft geben über meinen Sohn Hans Zähringer, der im Sept. 44 zur Standarte Feldherrnhalle nach Kornwestheim eingezogen wurde und in der Weihnachtswoche 44 zur Panz. Jäg. Ausb. Komp. Feldherrnhalle, Elbing i. Westpr., Unger-Kas., versetzt wurde. Letzte Nachricht erhielt ich von meinem Sohn aus Elbing i. Westpr. im Jan. 45. Robert Zähringer, Lehr i. Baden, Friedhofstr. 44. (28-124)	Beteiligung oder Kauf, auch Alleinverkauf sucht vers. Kaufmann mit ca. 100 Mille. Angebote unter Nr. 1391 an ZEIT-SCHAU GmbH, Anzeigenvermittlung, Tuttlingen, Bahnhofstraße 46. (Ze-13)
Welcher Kamerad kann Auskunft geben über Hermann Lorenz, Funker, Feldpost-Nr. 27 064 A, vermutlich zuletzt in der Eifel, Josef Lorenz, Kappelrodeck, Kriegerstr. 145. (12-103)	<b>Verkäufe</b>
Welcher Heimkehrer kann Auskunft geben über den Hhj.-Ofw. Ludolf Barnerssol, Letzte Feldpost-Nr. L 63 109 (Ulla i. W.). Zuletzt in Holland, Nachricht erbeten an Annelore Barnerssol, Offenburg, Langestr. 47. (32-401)	Sehr gut erhaltene Büroschreibmaschine Adler zu verkaufen. Angeb. unt. Nr. 70-6 an DNT Offenburg, Postfach 361.
Wer kann Auskunft geben über Erich Bankmann. Nachricht an Heinr. Bankmann (23) Groß-Hessepe (Kamp), Kreis Meppen (Fms). (Lü-1)	<b>Briefmarken</b>
Wer kann Nachricht geben über Friedrich Wilhelm Jarand aus Einbeck i. Hann., Frontführer der OT, Feldpost-Nr. 47 951. Letzte Nachricht vom Januar 1945 aus dem Os'en, Nachricht erbetet: Wilhelm Jarand, Einbeck i. Hann., Altendorfer Tor 24 (Me-3)	Briefmarken-Sammler tauscht u. verkauft kompl. Sätze französ. Zone, ebenso and. Marken. Zuschr. unt. Nr. 32-417 an DNT.
<b>Stellenangebote</b>	Briefmarken, Französische Zone 10 Pf., 1, 2, u. 5 Mk. gesucht. Ferner bessere Sätze u. Einzelmarken D. R. Angebote mit Preis unter Nr. 32-405 an DNT Offbg., Postfach 361.
Wir suchen laufend Hand- und Maschinenformer, Hilfsarbeiter für die Gießerei, Schlosser und Dreher, bei besten Arbeitsbedingungen. Immdinger Gießerei u. Maschinenfabrik Jäckle & Co., Immdingen (Baden). (32-140)	<b>Breitmarken</b>
	Suche PKW-Diesel-Motor oder Diesel-Personenwagen. Verkaufsbedingungen u. R. 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-24)
	Suche Sechsst.-Mercedes-Personenwagen, Benzin oder Diesel (auch unbereift). Verkaufsbedingungen u. R. 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-25)
	Suche 1 Exzenter-Press, 2 Fußpendelpressen, 1 Schlagschere, Elektro-Motoren von 1-10 PS. Verkaufsbedingungen u. R. 793 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-26)
	Personenwagen, Opel oder DKW mit oder ohne Bereifung in gutem Zustande zu kauf. gesucht. Angebote an A. Wilh. Sottru, Lahr, Gummi- u. Asbest-Fabr. (28-122)
	Weißer Rüben, sowie andere Rüben und alle Kohlsorten, evtl. durch Gegenleistungen, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 32-407 an DNT Offenburg, Postf. 361.

### Kein Wahrsagen oder Gaukelei!

Sind exakt wissenschaftliche Ausarbeitungen von Charakteranalysen, Tagearythmen und Lebenskurven, Beurteilungen, Ermittlungen, Feststellungen und Beobachtungen aller Art, individuell gehalten, auf Grund handschriftlicher Schreiben, Geburtsdaten und Jahrgang mit Angabe von Beruf und Geschlecht, Naturgesetzlicher Vorgang „Ebbe und Flut im Blut“ auf ca. 30 Jahre ausgearbeitet u. errechnet. Ausarbeitungen je nach Inanspruchnahme und Wünschen zu Mk. 15.-, 30.-, 45.-, 75.-, 90.-, 125.-, 175.- und 250.-. Durch langjährige In- und Auslandsstudium, reiche Lebenserfahrung, sowie durch eigene Schicksalsenerlebnisse stehen gegen Einsendung einer freiwilligen Vergütung der Selbstauslagen für Porto und Spesen kostenlose Auskünfte, Prospekte und Referenzen von Am'personen und Kreisen von allen Schichten der Bevölkerung auf diversen Gebieten zur Verfügung. Garantie: Geld zurück bei nicht 80-prozentiger Treffsicherheit und Erfüllung. Geschäftliches Institut Neuleben, z. Zt. Fürt (Odenwald), am Bahnhof 22. (R-13)

### Heiraten

Glückliche Ehen ermöglicht meine langjährige, leistungsfähige Vermittlung für alle Kreise bei reichen Vormerkungen. Auch Einheiraten aller Art. Auskunft kostenlos, diskret. Frau Hilde v. Redwitz, Karlsruhe, Beierth. Allee 14a-119.

Fabrikantentochter, 20 J., nette Figur, feinführend, temperamentvoll, gebildet, natur- und musikkundlich, gutsituiert, ersehnt Neigungsgeshe, evtl. Einheirat geboten. Briefe unt. 2100 an Institut Unbehaun, Karlsruhe, Sofienstr. 120. (U-1)

Welche alleinstehende Frau oder Witwe v. 50-60 Jahren wünscht ihren Lebensabend an der Seite eines ideal gesinnten 60-jähr. Mannes ohne Anhang zu verbringen? Landgemeinde oder Kleinstadt in milder Gegend bevorzugt. Zuschriften unter 739 an Südwerb Ann.-Exp., Schweningen a. N. (S-6)

### Geldmarkt

1 Million Mark für Hypotheken, Industrie usw. langfristig zu 4 Prozent Zins zu vergeben. Josef Roedel, Hypotheken seit 1891. (13 b) München 2, Sendlinger Straße 55, Postschliefach 139. (9-11)

### Geschäftsanzeigen

**Steppdecken Matratzen!** Neuankündigung und Umarbeitung bei Zugabe des Bezugstoffes. Füllung vorhanden. P. Schweikert, Offenburg i. B. Annahmestelle: Hauptstr. 85a (Laden).

**Rolläden**  
Aufträge für Reparatur u. Neuankündigung können wieder angenommen werden. (Zl) Alfred Zimmermann, Rolladenfabrik, Freiburg i. Br., Dreikönigsstraße 43.

**Trotz Materialknappheit ein Eigenheim d. Selbsthilfe.** Ausführungen und Zeichnungen geg. 2 Mk. von Bautechn. Zeichnungsbüro C. Dörflinger, 15b, Betzweiler-Dornhan. N-8 (Mü.1)

**Eigenheim! (Gutschein)** Gegen Einsendung dieses Ausschmittes erhalten Sie kostenlos bebilderte Broschüre: Wie komme ich sicher und bequem zu Eigenheim? Süddeutsches Bausparkredit-A.G. Landesvertretung Wrtt. u. Baden Eduard Enderes, Rielasinen (Hegau). (Su-1)

**10 winterliche Abendessen, 10 fleischlose Hauptgerichte, 10 Knödel-Rezepte mit 10 Soßen, 10 pikante Kaninchen-Rezepte, 10 süße und saure Karotten-Rezepte, 10 sparsame Kuchen-Rezepte, 10 brauchbare Kleingebäck-Rezepte, 10 sparsame Oster-Rezepte erhalten Sie gegen Einsendung von Freiumschlag und Mk. 2.- für jeweils 10 Rezepte durch Versuchsküche Buchenau 22 (13 b) Zwiesel (Bayr. Wald).**

**Wir arbeiten wieder und liefern aber auch Kohlebürsten Kever, Augsburg, Hubertusplatz 11. Lieferung in franz. Zone möglich. (32-369)**

**Wacker-Generatoren für Holz u. Braunkohle für PKW und LKW, Wacker-Generator Baby 50 kg Gewicht, liefert Gisbert Wacker GmbH, Wehr (Baden), Telefon 310. Einige Vertreterbezirke sind noch frei. (0-22)**

**Wir arbeiten und liefern! Schunk & Ebe, Elektrokohle- und Bürstenhalterfabrik (16) Gießen, Postf. 119**

**Wir schärfen und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werkzeuge, wie Feilen, Raspeln, Feilscheiben, Fräser usw. Lieferzeit 14 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A.G., Werkzeugerneuerung, Speyer/Rhein, Johannisstr. 22.**

### Kaninchen Trommelsucht usw.

tritt nicht auf u. wird wirkungsvoll bekämpft durch Ergona-Aufzuchtspulver. Zu haben in Drogerien, Futtermittelhandlungen usw. Otto Koch, chem. pharm. Fabrik, Mörlenbach/Odw. (B-5)

**Kleine Geschenke, die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemler, Freiburg i. Br., Scheffelstr. 19, Hofgebäude. Kleinverkauf: Dienstag, Donnerstag und Samstag. (0-24)**

**Stumpfe Rasierklingen wieder wie neu!** Auf meinen Original-Rasierklingenmaschinen mache ich Ihre stumpfen Rasierklingen wieder haarscharf. Beste Qualitätsbeurteilungen von Verbrauchern liegen vor! Ihre eigenen Klingen erhalten Sie gleich nach Posteingang wieder zurück. 50 Stück Mk. 2.-, 100 Stück Mk. 3.-. Porto für Rücksendung einfach 48 Pf. Einschreiben Mk. 1.08. Betrag bitte gleich beifügen. Bitte nur saubere und rostfreie Klingen einzusenden. Auf starke Versandpackung achten. Weitere Annahmestellen an allen Orten zu vergeben. Jakob Friese, Monheim 69, Rhld., Bez. Düsseldorf, Hofstr. 12. (Dü-1)

### Verschiedenes

**Bettwarenfabrik sucht Verbindung mit Textil- und Bettwareneinzelhandelsfirmen.** Zuschrift. unter O 785 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br. (0-28)

**Beste Verbindungen durch seit 14 Jahren erfolgreiche, diskrete Eheanbahnung.** Frau Horstmann, Bremen, Kohlhöckerstr. 7, Tel. 24 794. 30 eigene Fällillen. (Ww-1)

**Drahtbürstenschleifscheiben 110x24 mm, Wellendurchmesser 50 mm, zum Abschleifen von Rost und Lack etc. bestens geeignet, für Drehbänke, Bohrmaschinen u. andere rotierende Maschinen geeignet, ab pfälz. Lager lieferbar. Zuschriften unter Nr. 1366 an die Ann.-Expedition AVZ, Mannheim (Postfach). (Tr-3)**

**Achtung! Haushalts-Geschäft!** Wir liefern Ihnen in jeder Menge den tausendfach bewährten und bekannten Darkowia-Kleiderklopper aus Stahldraht. Verlangen Sie bitte unser Angebot! Holsteinische Bürsten-, Pinsel- und Holzindustrie Rolf Darkow (24 b) Entin-Groß-Meinsdorf.

**Die bekannte, bestbewährte Anfeuerkohle „ERKO“ ist wieder zu haben in Paketen zu 14 kg Mk. 9.-, Ernst Kossmann, Kohnen u. Holz, Tuttlingen (32-404)**

### Friedrichshau-Lichtspiele

**FREIBURG**

Bis einschließlich 22. Jan.

**Vier Herzen**

Der erste russische Film in Freiburg mit deutschen Untertiteln. (Fr-10)

Ab Freitag, 24. Jan. 1947, der große Farbonfilm

**Frauen sind doch bessere Diplomaten**

Darsteller: Marika Röck - Willi Frisch - Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30 Uhr, Samstag nur 14.15 Uhr. - Vorverkauf an den Spieltagen 10-12 Uhr und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse.

### Taube Radio-Röhren

Spielt Ihr Apparat nur noch leise und mit schlechter Wiedergabe, so bringen Sie bitte Ihr Gerät zum Funkberater. Röhren können auch eingesandt werden. Durch meine eigene, neuzeitliche Höhen-Regenerierungsanlage bin ich ab sofort in der Lage, taube Röhren wieder zu verjüngen, dadurch gute Leistung und Wiedergabe. Radio-Lauber, Ihr Funkberater, Freiburg i. Br. Kronenstraße 14a. (1141)

**Auch bei hartnäckigen Erfrierungserscheinungen hilft DR. SCHELLER FROST-HEILSALBE.** Es ist die vorzüglich wirkende Salbe zur Vorbeugung und Behandlung von Frostschäden aller Art. Ohne Rezept in Apotheken erhältlich. Alleinhersteller: Dr. Scheller & Christian Wagner GmbH, (14a) Eisingen/Fils. Auslieferungslager Tenningen i. Baden. (Ww-5)

### HEUTE NOCH NICHT!

Manches Gute, das jetzt noch entbehrt werden muß, wird eines Tages wieder kommen! Das gilt auch für **Rheila** das konzentrierte Hustenmittel. (23c-24-A)

### Fabrik pharm. Präparate Carl Bühler, Konstanz

Herstellung von

**Silphoscalin und Thyliol**

z. Zt. sehr beschränkt. Abgabe an Verbraucher nur in den Apotheken. (S-5)

## Freiburg, 22. Januar

Der Drang einer unfruchtbaren Stunde trieb mich in das zerbrochene Viertel um den Kartoffelmarkt. Die Brunnen säule mit der reizenden „Wasserträgerin“ steht unverändert. Ringsum aber ist alles was menschliches Geschick zusammenfügte und was menschliches Schicksal durch Jahrhunderte wie unsichtbares Gespinnst dazwischenwob in Schutt und Trümmer gesunken. Hier hat die Feuerfaust des Krieges furchbar zugeschlagen. Das Licht eines dieser milden Januare verströmte sich über das chaotische Durcheinander von bröckelndem Stein faulendem Holz, rostendem Eisen. Die Sonne fiel mit schmalen Lichtstrahlen in eines der engen Gäßchen, die nur noch gebohrtenes Mauerwerk säumen. So bemerkte ich drei Stufen. Sie lagen im hellen Schein und hoben sich aus dem Schattendunkel der Gasse, als hätte ein Spielleiter mit Bedacht einen Scheinwerfer darauf gerichtet um in makabrer Szene, gerade auf diesen Stufen dramatisches Spiel zu beginnen.

Ich blieb stehen. Ich erwartete vielleicht etwas. Es geschah nichts. Es blieb still und einsam. Das Leben wird diese Stätte der Trostlosigkeit, aus der es vertrieben wurde. In Betrachtung der erhaltenen Stufen aber bemerkte ich, daß sie ausgetreten waren. Viele, viele tausend Tritte durch lange Jahre hatten den Stein gehöhlt. Da war Kinderrüppeln und Mädchenhüpfen und Männer-schreiten und Frauengehen und Altenteschlurfen. Sie waren einst die Brücke vom Gassengrund zur Hausschwelle, von der Öffentlichkeit zum Privaten. Da stieg man darüber hinauf und hinab. Es wurden Ernst und Frohsinn und Gleichmut und Zorn und Verzweiflung und Glück darübergetragen. All das bestimmte den Schritt und hinterließ hier im Stein die Spur. Es wird viel Ernst und zuviel Gleichmut und wenig Glück und zuwenig Freude gewesen sein. Hier hauste nämlich nicht Reichtum in Pracht und Glanz sondern Menschen lebten hier, die dies für andere schaffen mußten. Hier trug man Arbeitskraft hinaus auf den Markt und brachte, als Geprellter, kargen Preis zurück. Das war damals schon so, als diese Stufen gesetzt wurden und es blieb so, bis alles im Todeswirbel des Krieges niederbrach. Der Todeswirbel des Krieges, der entzweit werden konnte, weil es so geliebt war.

Man wird neue Häuser errichten und neue Stufen setzen. Jahrhunderte müssen vergehen, bis auch diese dann wieder von der Tritten ausgehöhlt sein werden. Ob sie so lange bestehen bleiben, ob bis dahin nicht neue Verwüstung über alles Menschliche hereinbrechen wird? Die Frage kann beantwortet werden. Wenn alles so gesetzt wird, wie es früher war, wenn es so bleibt, das Armut sich in Bezirke weisen läßt, um fremden Glücke zu dienen, dann wird keine Zeit — nicht einmal diese Spanne Zeit — verbleiben bis zu neuerlichem Niederbruch. Drum fügt neue Häuser in einer neuen Welt. Man müßte in Jahrhunderten dann die Spuren im Stein vergleichen. Ich glaube, daß es dann eine andere Höhlung gibt, denn freie und frohe Menschen haben einen anderen Tritt.

Darum schlage ich vor diese Stufen in ein Museum zu verbringen.

Städtische Bühnen (Kammerspiele)

## Das Abgründige in Herrn Gerstenberg

Liebes Fräulein Lieschen!

Das Theaterstück Axel von Ambessers „Das Abgründige in Herrn Gerstenberg“, das nun auch in Freiburg aufgeführt wurde, führte uns eine entscheidende Episode Ihres bescheidenen Lebens vor Augen. Die Frage, die Sie am Ende des Stückes an den Spielleiter richten — warum Ihnen denn niemand aus dem Publikum geholfen habe — veranlaßt mich, Ihnen zu schreiben. Da Sie nur das Phantasieprodukt eines Dichters sind, kann ich dies tun ohne unliebsamen Verdacht zu erregen.

Ihr Vater, der Kohlenhändler Meiners, hat sich von ganz unten zu einem gewissen Wohlstand hinaufgearbeitet. Liebe zu Ihnen und der Drang nach Höherem veranlaßten ihn sich, zu rackeren und zu mühen. Ihre Nachbarn über den Wilhelmshof sind das Fräulein Lotte Bartels, Erbin eines bankrotten Papierladens und der Holzgroßhändler Gerstenberg. Ihr unerfahrenes Herz gehört dem bildungsungrigen Hans Brettschneider, einem jungen, geistigen Hansguckadeluft, der Ihnen zugetan ist und ganz wie Ihr Vater und nur auf einer anderen Ebene nach Höherem strebt.

Ihr Vater verknüpelt Sie nun an den Herrn Gerstenberg, weil er reich ist, und Sie setzen dem keinen wesentlichen Widerstand entgegen. Sie sind schließlich von der Nützlichkeit dieses Entschlusses für das Haus Meiners selbst überzeugt. Sie mögen Herrn Gerstenberg gar nicht, aber — ich verrate es Ihnen — auch Herrn Gerstenberg können Sie nur materiell etwas bieten.

Da der Dichter dieses Geschehen eindringlich erklären will spaltet er Herrn Gerstenberg, den er als durchaus durchschnittlich charakterisiert, in ein besseres und in ein schlechteres Ich und führt den Kampf dieser zwei personalisierten Seele dem Publikum vor Augen. Da nach Ansicht des skeptischen Dichters das Bessere vom Schlechteren abgewürgt wird (deshalb also alles Leid und alle Verwirrmis in dieser trostlosen Welt!) opfert er Sie bedenkenlos dieser Demonstration. Sie wären übrigens unter allen Umständen in Ihr Unglück gezwungen worden auch dann, wenn das bessere Ich in Herrn Gerstenberg gesiegt hätte. Denn Sie, liebes Fräulein Meiners sind gar nicht das Opfer des Herrn Gerstenberg, sondern einfach der gesellschaftlichen Verhältnisse.

So liegen die Dinge und das ist gut so, denn damit bleibt uns die begründete Aussicht, daß sich dies ändern wird. Wenn unser Schicksal nur davon abhängt, ob ein besseres oder ein schlechteres Ich entscheidend wird, so bliebe für uns und diese Welt keine Hoffnung. Da der Dichter sich dieser Hoffnungslosigkeit ergeben hat und ein Publikum in den Bann seiner Scheinwelt zieht, darum kann Ihnen, armes Lieschen, von dieser Seite keine Hilfe werden. Ich will Ihnen aber zum Troste sagen, daß mit der Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Herr Gerstenberg in den Grenzen seiner Durchschnittlichkeit gebannt bleiben wird. Das bedeutet dann die Befreiung für Sie und Ihresgleichen von der

## Konferenz der Betriebsräte

### Mitbestimmungsrecht in allen Wirtschaftszweigen geordnet

Freiburg. Der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften hatte am 16. Januar eine Konferenz der Betriebsräte einberufen in der ein Vertreter der Militärregierung ausführte, daß derzeit 64 Gewerkschaften genehmigt seien und weitere 40 in nächster Zeit zugelassen würden. Diese Gewerkschaften sind in 16 Ortsausschüssen und 6 Landesverbänden zusammengefaßt. Mit der Genehmigung weiterer Landesverbände sei zu rechnen und alle Verbände sollen baldigst in dem Bund der badischen Gewerkschaften ihre Spitzenorganisation finden.

Kollege Faulhaber sprach über die Aufgaben der Betriebsräte. Er forderte die Ausschaltung der Profitwirtschaft und eine klare Wirtschaftsplanung. Die Neuorganisation der Wirtschaft muß indessen sofort aufgegriffen werden, wobei die Gewerkschaften nun die wichtigsten selbständigen Faktoren darstellen. Auch die Betriebsräte müssen sich sofort tätig in die Neuorganisation der Wirtschaft einschalten. Das Betriebsrätegesetz muß die Arbeitskraft sichern, auskömmliche Löhne sichern und die Arbeitsgestaltung ordnen. Zum Währungsprogramm sagte der Redner, daß die Hauptlast vom Großkapital und vom Großgrundbesitz getragen werden muß. Kollege Kappes berichtete über den Interzonenkongreß der deutschen Gewerkschaften in Hannover, an dem 21 Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, von den zwei dem Weltgewerkschaftsbund angehörten.

Nach eingehender Aussprache über alle Fragen nahm die Konferenz eine Entschließung über das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der Betriebsräte an, in der es heißt:

„Alle Versuche der Gewerkschaften seit 1919 die Demokratisierung der Wirtschaft mit Hilfe des Artikels 165 der Reichsverfassung von Weimar und des Betriebsrätegesetzes vom 20. Februar 1920 durchzusetzen, sind auf den stärksten Widerstand des damaligen Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gestoßen. Das einstige Herrrecht in der Wirtschaft blieb trotz der jahrelangen Arbeit und Bemühungen der Arbeitnehmerorganisationen aufrechterhalten.“

Die Gewerkschaften fordern daher das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Zweigen der Wirtschaft. Für die Betriebsräte sind durch Abschluß entsprechender Betriebsvereinbarungen auf Grund des Kontrollgesetzes Nr. 22 die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Produktion, der Kalkulation, Kontrolle und Warenzielung.

In allen Organen der Wirtschaft wie in den Kammern für Handwerk, Industrie, Handel und Landwirtschaft wird für die Planung und Lenkung die paritätische Mitarbeit der Gewerkschaften gefordert. Ohne die Verwirklichung dieser Ministerforderungen ist ein Neuaufbau der deutschen Bedarfsdeckungswirtschaft undenkbar. Die derzeitigen deutschen Wirtschaftsprobleme verlangen die Beseitigung der Zonengrenzen und damit die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands.

Zur politischen Säuberung stellt die Betriebsräteversammlung einmütig fest, daß diese gänzlich unzulänglich ist. Eine wirkliche Demokratisierung, die Sicherung des Neuaufbaus und des Friedens erfordert eine konsequente Entnazifizierung, die Bestrafung der Aktivisten und Kriegsschuligen, ihre sofortige Entzerrung aus allen verantwortlichen Positionen, insbesondere der Wirtschaft, der Verwaltungen und der Polizei. Das Auftreten der belasteten Nazis und Nutznießer des Hitlerkrieges ist eine große Gefahr für die Arbeiter und Angestellten. Der Versuch, die Lage der Werktätigen weiter zu verschlechtern und

die Lasten des Hitlerkrieges auf sie abzuwälzen, zwingt die Vollversammlung ein sofortiges und energisches Durchgreifen und die Schaffung eines einheitlichen Entnazifizierungsgesetzes zu fordern.

Die schwierige Ernährungslage, zu der die Gewerkschaften bereits am 21. November 1946 in einer Resolution Stellung nahmen, gibt der Konferenz Anlaß, die Sicherung unserer Ernährung durch die Gewerkschaften zu fordern und ferner die baldige Durchführung der Bodenreform entsprechend dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Gesetzentwurf zu verlangen. Dies entspricht auch den Forderungen des Weltgewerkschaftsbundes.

Der Zentralernährungsausschuß in Baden-Baden, der dem Staatskommissariat für Ernährung und dem Landesernährungsausschuß übergeordnet ist, hat bei der Lösung unserer Ernährungsprobleme versagt und ist auf demokratischer Basis neu aufzubauen. Der Landesernährungsausschuß muß aus dem Stadium der Diskussion herauskommen und mit der Einschaltung der Gewerkschaften in sämtliche Ernährungsfragen beschließende Kraft erhalten.

Zwei weitere Entschließungen forderten die Schaffung von Betriebsräten in der öffentlichen Verwaltung und Maßnahmen zum Wiederaufbau der Stadt Freiburg, wobei ein stärkerer Einsatz der Naziaktivisten verlangt wurde.

## Allzufrüher Frühling

Durch die andauernde Zehr feuchtwarmer Meeresluft vom Atlantik und den Zustrom subtropischer Luftmassen aus dem Mittelmeerraum, wie der Wetterbericht meldete, hat man während der letzten Woche in Freiburg Temperaturen bis zu 15 Grad über Null gemessen.

Die Skiläufer blickten mit wehmütigen Augen in Richtung Schwarzwald, wo der an und für sich schon rare Schnee geradezu vor ihren Blicken „verbrannt“. Ging man an solchen warmen Tagen durch die Riviera Freiburgs in Richtung Jägerhäusle, so konnte man dort schon man bedenke: Mitte Januar, vereinzelt Weidenkätzchen beobachten, die ganz vorsichtig ihre silbergrauen, haarigen Köpfechen aus der schützenden braunen Knospenhülle hervorstreckten. An Stellen, die besonders durch die Sonnenbestrahlung begünstigt waren, streckten bereits vorwitzige Walderdbeeren ihre Stengel und zarten Blättchen der täglich höhersteigenden Sonne entgegen. Ein Eichhörnchen tummelt sich von Ast zu Ast und freut sich der ersten warmen Sonnenstrahlen im neuen Jahr. Sogar den verfrühten ersten Kuckuck hört man rufen. Der hat sich ja mächtig im Kalender geirrt. Denn dies alles ist nur trügerischer Schein. Obwohl die Kraft des Winters schon so gut wie gebrochen ist, hat er doch immer noch genügend Gelegenheit, uns seine vergehende Macht verspüren zu lassen. Doch wir wollen froh sein, der paar warmen Tage, die uns gleichsam als Vorschuß auf den Frühling von der Natur gewährt wurden. Dies schon aus Sparsamkeitsgründen, — des Heizmaterials wegen.

## Veruntreuungen beim Ernährungsamt

### Freiburger Lebensmittelgeschäfte geschlossen — Verhaftungen erfolgt

Freiburg. Schon geraume Zeit liefen in der Öffentlichkeit Gerüchte um, die von Unregelmäßigkeiten beim Städtischen Ernährungsamt wissen wollten. Man wußte von der Verhaftung eines Angestellten zu berichten und von der Schließung einiger Geschäfte, deren Inhaber in die Machenschaften verwickelt waren. Nun gibt die Stadtverwaltung im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft folgende Erklärung heraus:

„In der Wohnung eines Angestellten des hiesigen Ernährungsamtes wurde ein kleines Lebensmittelgelager entdeckt. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß der Angestellte durch raffinierte Falschbuchungen auf dem Ernährungsamt verschiedenen Lebensmittelgeschäften erhebliche Mengen an Butter, Milch, Zucker, Teigwaren usw. hatte zukommen lassen. Einen Teil davon bezog er von ihnen, das übrige verkaufte die Geschäfte an ihre Kundschaft ohne Marken. Der Angestellte des Ernährungsamtes sowie eine Anzahl der Geschäftsinhaber wurden verhaftet. Die betreffenden Geschäfte wurden auf Verfügung des Ernährungsministeriums vorläufig geschlossen. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist im Gange und soll zur vollen Aufdeckung der schwerwiegenden Straftaten führen.“

Es wird uns erklärt, daß im Interesse der laufenden Untersuchung noch nicht mehr verlautet werden könne. Wir hoffen, daß diese verbrecherischen Schiebungen, die gar nicht hart genug bestraft werden können, eine restlose Aufklärung erfahren. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß neben dem schuldigen Angestellten auch die Geschäftsinhaber mit entsprechender Härte zu bestrafen sind, da heute Lebensmittelhändler als truhnerische Verwalter unserer knappen Nahrungsmittel eine Vertrauensstellung einnehmen, deren Mißbrauch in jedem Falle schwerster Art bedarf. Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen.

## Haus Nr. 13, 113, 25, 16...?

Freiburg. Ich habe alle vier Häuser besucht, vom Keller bis zum Dachboden und leider nichts gefunden. Weder abgeschnittene Köpfe noch sonstige menschliche Bestandteile. Die Bewohner der Häuser machten einen höchst friedlichen Eindruck, keineswegs, wie erwartet wurde, einen kannibalischen. So ist es immer, geht man einmal den Gerüchten auf den Grund, dann findet man meistens sehr wenig und das Wenige besteht aus etwas trübem Bodensatz, alles andere ist Schall und Rauch. Seien wir doch ehrlich, wir haben uns wieder einmal regelrecht blamiert. Das heißt wenigstens die, die daran glaubten. Wie das Gerücht entstand? — Wahrscheinlich höchst einfach, wie alle Gerüchte. Schuize oder Meier ging jedenfalls ein wenig aufs Land, und um da Mitleid für frige Hände zu schinden, hat er aller Wahrscheinlichkeit nach erzählt, in Freiburg sei die Hungersnot so groß, daß einer den andern am liebsten... da ja, Sie wissen schon. Man kann ja nie wissen, die Menschen sind in der heutigen Zeit zu allem

## Freiburger Veranstaltungen

Mittwoch, 22. Januar:

Schlichte Bühnen, Casino: Der Troubadour, 19.30 Uhr.  
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Stefan mit der langen Nase, 8 Uhr.

Donnerstag, 23. Januar:

Städt. Bühnen, Casino: Der Zigeunerbaron, 20 Uhr.  
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Das Abgründige in Herrn Gerstenberg, 19.30 Uhr.

Freitag, 24. Januar:

Städt. Bühnen, Casino: Jupiter, 20 Uhr.

Täglich:

Casino-Lichtspiele: Der weiße Walzer, bis einschließlich Donnerstag, Gasparone, ab Freitag.  
Friedrichshaus-Lichtspiele: Vier Herzen, bis einschließlich Mittwoch. Frauen sind doch bessere Diplomaten ab Freitag.  
Harmonie-Lichtspiele: Maria Chapdelaine, bis einschließlich Donnerstag. Alarm, ab Freitag.  
Union-Lichtspiele: Die Satansboten, bis einschließlich Donnerstag. Ehe man Ehmann wird, ab Freitag.  
Augustinermuseum: Teile der Ausstellung: Mittelalterliche Kunst in Baden.  
Haus Stadelmann: Ausstellung Anton Karcher.  
Haus Scherer: Ausstellung Freiburger bildender Künstler.  
Sigmund Dufner: Ausstellung Olga Cohnheim.

## Ei bloß wegen der...?

Es tut sich was in Freiburg! Die ärgsten Patschas unter den Ehemännern werden freundlich wie die Engel des Paradieses. Saßen sie früher mit knurrigen Gesichtern, das Haupt über die Zeitung gesenkt, um die Mittagszeit am Tisch, so kann man sie heute, das heißt, schon seit geraumer Zeit, kaum aus der Küche hinausbringen. Sie hängen einem buchstäblich am Rockzipfel. „Soll ich Dir noch einen Korb Holz aus dem Keller holen“ oder „Soll ich zum Bäcker, Metzger, usw. gehen?“, oder gar „Soll ich Dir aufwaschen helfen?“ Es schwirrt einem bereits der Kopf vorlauter Fragen und „Schatzis“, Sie sind rührend um die Gesundheit ihrer Gattin besorgt, sie versichern dauernd durch Blicke und Worte ihre unwandelbare Treue. Wie gesagt, die wildesten Knurrhähne werden sanfte Küken. Und das in steigendem Maße, je mehr sich der Monat seinem Ende zuneigt. Und warum dies alles? Ich hab des Rätsels Lösung bereits gefunden, sogar gewissermaßen vorausgesehen, (ja, wir ahnungsvollen Frauen!) es ist einzig und allein: „Ei bloß wegen der...“ Raucherkarte!“ Sibylle.

Am Freitag, 24. Januar, findet um 20 Uhr, im Casino eine Vorstellung des „Jupiter“ von Robert Boissy durch die Comedie des Champs Elysees statt.

## Mitteilung der KP Freiburg

Vormerkung!

An alle Stadtteil- und Betriebsgruppenleitungen.  
Am Samstag, 23. Januar, pünktlich 11 Uhr, findet in der Vaubanstraße 12 eine wichtige Funktionsratsitzung statt, bei der alle Funktionäre, Kassierer und Unterskassierer anwesend sein müssen.  
Bei dieser Sitzung müssen ebenfalls alle Genossen, die in der Verwaltung arbeiten, mit anwesend sein.

auf dem Bau und Gott weiß wo noch. Und am leichtgäubigsten sind die Frauen. Es ist ja auch unbezahlbar, dieses Gefühl, das einem beim Zuhören über den Rücken kriecht. Das Gruseln ist doch eine wunderschöne Sache, man fühlt sich in die Kindheit zurückversetzt, man glaubt eine alte Märchentante erzählen zu hören: „... und dann kam der alte Menschenfresser mit einem großen Messer und...!“ Brrrr! Schauerhaft, — aber schönööö! — Sibylle.

## Freiburger Chronik

Am Sonntag, 26. Januar, findet im Heimtsaal der Harmonie, Freiburg, vormittags 9.30 Uhr, die Generalversammlung der Gewerkschaft der öffentlichen und kommunalen Betriebe, Behörden und Verwaltungen (Gemein- und Staatsarbeiter) statt. Die Mitglieder werden im Interesse der Gewerkschaft um vollzähliges Erscheinen gebeten. Als Referent des Abends spricht Dr. Grosse.

Der Postomnibusverkehr nach dem Elztal ist seit dem 20. Januar eingestellt.

Seit längerer Zeit fand am Montag, dem 20. Januar, in der Chirurgischen Universitätsklinik Freiburg (St. Urban) eine Beratungsstunde für körperbehinderte Kinder und Jugendliche aus Freiburg statt. Es wäre wünschenswert, wenn diese kostenlosen Beratungen des öfteren stattfänden.

Die Kurse der französischen Dozenten der Volkshochschule begannen am Montag, 20. Januar. Die andern Kurse werden am 3. Februar die unterbrochene Arbeit wiederaufnehmen. Etwaige Veränderungen sind am Schwarzen Brett in der Wandelhalle der Universität ersichtlich.

## Aus dem Parteilieben

Gaggenau. Am Sonntag, 26. Januar, vormittags 9 Uhr findet im „Gambinus“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Ein Vertreter der Kreisleitung wird anwesend sein. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Offenburg. Mittwoch, 22. Januar, 20 Uhr in der Mithelhalle Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für den Heimatsaal: Hanns Adam Foerter, Ottenburg